

Editorial: „Bevölkerung“ – Kritik der Demographie

Deutschland hat die Demographie entdeckt. Seit einiger Zeit ist es hierzulande wieder in Mode gekommen, ja geradezu schick geworden, sich der Bevölkerungsfrage zu widmen. Jahrzehntlang das eher im Verborgenen gepflegte Orchideenbeet der akademischen Bevölkerungswissenschaft, sind Fragen des Bevölkerungsaufbaus, von Geburts- und Sterberaten, Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft zum fiebrig dramatisierten Lieblingsthema der politischen und medialen Öffentlichkeit geworden. Anders allerdings als bei dem im Lichthof des Berliner Reichstagsgebäudes installierten Kunstwerk, das in spielerisch-polemischer Absicht „Der Bevölkerung“ statt (wie das Bauwerk selbst) „Dem deutschen Volke“ Reverenz erweist, ist der neue deutsche Bevölkerungsdiskurs vornehmlich einer aufkeimenden Sorge um die Zukunft „der Deutschen“ geschuldet. Die optimistisch-selbstbewussten Schlachtrufe der ost-west-deutschen Vereinigungszeit sind länger schon verhallt, nun klingen die vielstimmigen, in düsteren Moll-Tönen gehaltenen demographischen Warnrufe durch den öffentlichen Raum: „wir sind ein Volk“ – von Gebärnwilligen, Generationengeschädigten und Greisen.

Kein Tag vergeht in deutschen Feuilletons, Expertengremien und Bundespressekongressen ohne allfällige bevölkerungspolitische Kassandrarufer. Vom politisch-medialen System spät, aber dafür umso heftiger entdeckt, wird der bevorstehende demographische Wandel konsequent als Katastrophenszenario gezeichnet. Im Rennen um die verhee-

rendste Zukunftsprognose hat sich in den meinungsbildenden Leitmedien ein skurriler Überbietungswettbewerb entfacht – unter tätiger Mithilfe von Teilen der akademischen Zunft. Dabei stellen die von der *Bild*-Zeitung im üblichen (und der Botschaft angemessenen) Marktschreierart verbreiteten, nicht anders als wahnwitzig zu nennenden Berechnungen des Bevölkerungswissenschaftlers Herwig Birg, wonach im Jahre 2300 (!) nur mehr drei Millionen Deutsche existieren sollen, nur den extremen Ausdruck eines entfesselten prognostischen Furors dar (vgl. dazu den Beitrag von *Andreas Ebert* und *Ernst Kistler*). Birg, Bielefelder Emeritus und zu später Berühmtheit gelangter Meinungsführer in der deutschen demographischen Debatte, durfte auch in der ehrenwerten *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gleich über viele Wochen hinweg in einer Serie von Beiträgen darlegen, dass und warum es bevölkerungspolitisch bereits „30 Jahre nach 12“ sei. Dem Feuilleton der *FAZ*, das neben Birg auch demographiepolitisch aktiven Institutionen wie etwa dem als gemeinnützige Stiftung operierenden „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ regelmäßig seine Seiten öffnet, steht mit Frank Schirrmacher der im deutschsprachigen Raum wohl radikalste und hemmungsloseste Mahner vor dem demographischen Niedergang vor (dazu mehr im Beitrag von *Ulrike Baureithel*). Folgt man Birg, Schirrmacher oder den Berichten des Berlin-Instituts zur „demographischen Lage der Nation“ (und die Liste ließe sich beliebig verlängern), dann

drohen im Gefolge der nach Art eines naturgeschichtlich-epochalen Bruchs konstruierten „demographischen Zeitenwende“ (Birg) dem gealterten und geschrumpften Deutschland archaisch-anarchische Zustände: entvölkerte Landstriche und die erzwungene Renaturierung deutscher Kulturlandschaften auf der einen, heruntergekommene und von den migrantischen Bevölkerungsteilen in Besitz genommene städtische Ballungszentren sowie ein alterungsbedingter „Verteilungsstress“ (Birg) bis hin zum „Krieg der Generationen“ auf der anderen Seite.

Kaum etwas, so hört man mit unwillkürlichem Schauern, das in Zukunft vom demographischen Wandel unbeeinflusst bliebe, kaum ein gesellschaftliches Phänomen auch, das sich nicht schon heute mit den (sich eigentlich erst ankündigenden) demographischen Umbrüchen erklären ließe. So sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in den ostdeutschen Ländern Schirmmacher zufolge demographisch, nämlich mit dem dortigen Mangel an jungen Frauen zu erklären – Ausdruck des ungebunden „zirkulierenden Testosterons“ jungmännlicher „Triebwähler“. Ist diese „Laune der Natur“ schon politisch brisant gewordene Realität, so gehört zu den bevölkerungspolitischen Zukunftsbildern einer schrumpfenden, alternden, siechen und lethargischen Gesellschaft auch die nationale Schreckensvision, dass auf deutschem Boden zukünftig nur noch die Nicht-Deutschen jung, kräftig, fruchtbar und dynamisch sein werden. Dieses Horrorszenerario korrespondiert mit mittlerweile gängigen „Erklärungs“-Mustern internationaler Konflikte, wie sie nicht nur von amerikanischen Politikwissenschaftlern wie Samuel Huntington, sondern in Deutschland z.B. auch von Herfried Münkler popularisiert worden sind: Die Wurzel vieler weltgesellschaftlicher Übel liegt demzufolge im „Bevölkerungsdruck“ insbesondere der islamischen Nationen, also in der systematischen „Überproduktion“ einer Population orts- und bindungslo-

ser, wanderungs-, gewalt- und im Zweifelsfall todesbereiter Jünglinge. In diesen wissenschaftlich-politischen Vorstellungswelten wird die Demographie zur Waffe des Südens gegen die schrumpfenden, faltigen Völker des Nordens – eine Konstellation, die den politischen Akteuren in unseren Breitengraden eine doppelte Bevölkerungsplanung angeraten erscheinen lässt: Während man daheim eine – allerdings sozial selektive – pronatalistische Politik betreibt (vgl. weiterführend dazu den Beitrag von *Heike Kahlert*), bemüht man sich in der Außenbevölkerungspolitik – gestützt und flankiert durch die Vereinten Nationen – systematisch um die Durchsetzung von Programmen der „Geburtenkontrolle“.

Nun könnte man dennoch meinen, der hierzulande anschwellende demographische Bocksgesang sei eine jener kurzlebigen medialen Themenkampagnen, die sich rasch auch wieder verlaufen – und entsprechend versucht sein, dem Akademikerrauschen im Blätterwald zu lauschen und die Propagandisten der „demographischen Katastrophe“ eben reden (und schreiben) zu lassen. Doch spricht alles dafür, dass die permanente demographische Krisenrhetorik der *policy makers* gesellschaftlich durchaus verfangt und dass auch hier – wie im Falle z.B. der „Arbeitsmarktkrise“ und deren denkbaren „Lösungen“ schon seit langem – durch beständige Beschwörung eine politische „Wahrheit“ produziert wird, ein Konglomerat von Überzeugungen, Selbstverständlichkeiten und Unhinterfragbarkeiten, das sich in den Köpfen der Bürger und Bürgerinnen als *policy takers* festzusetzen beginnt und dadurch soziale Akzeptanz gewinnt. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass die Demographie hierzulande in atemberaubendem Tempo zur sachzwangsideologischen Allzweckwaffe geworden ist. Die erfolgreich dramatisierende, mystifizierende, naturalisierende *Rede über* die Demographie aber eröffnet Mittel und Wege für eine *Politik mit* der Demographie, öffnet Spielräume und Gelegenheitsfenster für gesellschafts-

politische Umgestaltungen, die als „demographisch notwendig“ gelten. Prototypisch hierfür lässt sich die Liste unverzichtbarer „Strukturreformen“ lesen, die die Europäische Zentralbank jüngst mit dem Ziel aufgestellt hat, die „negativen Effekte des demographischen Wandels im Euroraum“ auszugleichen – und die selbstverständlich das gesamte wirtschafts- und sozialpolitische Instrumentarium des (Neo)Liberalismus umfasst, welches nun zusätzlich mit dem Gütesiegel der demographischen „Nachhaltigkeit“ geadelt wird.

Aber die gesellschaftspolitischen Kollateralschäden der gegenwärtigen „demographischen Mobilmachung“ (*Baureithel*) gehen über die bloße bevölkerungsideo-logische Dopplung des (neo)liberalen Mantras weit hinaus. Die in diesem Heft versammelten Beiträge zeigen, wie die – sich einstweilen nur in ersten Umrissen abzeichnende – Politik mit der Demographie auf breiter Front neue soziale Ungleichheiten produziert. *Heike Kahler* beobachtet z.B. die deutsche Familienpolitik auf ihrer Suche nach dem verlorenen „Humankapital“, sprich nach Möglichkeiten, den Beitrag der Gebildeten und Hochqualifizierten zum Bruttogebärprodukt zu erhöhen. Um die (vermeintliche und tatsächliche) Größenordnung hierzulande kinderlos bleibender Akademikerinnen ist zuletzt ein regelrechter Zahlenkrieg geführt worden – und gerne wird auch hier strategisch überdramatisiert, indem die „zusammengefasste Geburtenziffer“, nichts anderes als ein aktueller Schätzwert der tatsächlichen lebenslangen Fertilität von noch im gebärfähigen Alter stehenden Frauenjahren, als die endgültige Geburtenrate derselben ausgegeben wird. Die statistisch überzeichnete Kinderlosigkeit der „besten Köpfe“ dient dann zur Rechtfertigung einer Politik der selektiven, nämlich auf – Gleich und Gleich gesellt sich gern – Akademiker(innen)haushalte konzentrierten materiellen Geburtenförderung. Was auch immer z.B. für das neue, als Lohnersatzleistung konzipierte Eltern-

geld sprechen mag: Es stellt eine strukturelle Privilegierung der Besser- gegenüber den Schlechterverdienenden dar, weil sich der Gesetzgeber von der Gebär- und Erziehungstätigkeit kulturkapitalintensiver *dual career couples* einen höheren wirtschaftlichen und sozialen Mehrwert verspricht als von jener der deutschen (oder gar der nicht-deutschen) Unterschicht.

Dass im Zuge dieses neuen, produktivistischen Pronatalismus auch die gute alte Gleichstellungspolitik in den Dornröschenschlaf versinkt, zeigt der Beitrag von *Ulrike Baureithel*. Demographiepoltik richtet sich vornehmlich – wenn nicht gar ausschließlich – an (und im Zweifelsfall gegen) Frauen. Dass die zwei potenziellen Ergänzungsmonate des neuen „Eltern“-Geldes, die übrigens gegebenenfalls mit dem Mutterschaftsgeld verrechnet werden, sogleich als „Vätermonate“ tituliert wurden (obwohl sie dem Gesetz nach selbstverständlich auch von der Mutter in Anspruch genommen werden können, wenn zuvor der Vater Erziehungsdienst geleistet hat), stellt mehr als nur eine realitätstüchtige semantische Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung dar. Diese Redeweise ist zugleich Programm – ein Programm, das überdeutlich im CSU-Männersprech aufscheint, wonach man (sic) kein „Wickelvolontariat“ brauche. „Wenn’s in den Familien funktioniert“, so ergänzte der Wortschöpfer Peter Ramsauer, Vorsitzender der Landesgruppe der bayerischen Staatspartei im Deutschen Bundestag, „kriegt man das auch so ganz gut hin“ – als Vater von vier garantiert geschlechteregalitär betreuten Kindern muss er es wohl wissen. Der deutsche Mann möchte nicht zu seinem (Un-)Glück gezwungen werden – weder vom Staat noch von den Frauen, die allen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge (und aller erwartbarer Arbeitsungleichverteilung zum Trotz) eben *nicht* das begrenzende Moment eines neuen Geburtenaufschwungs sind. Es sind „die Verhältnisse“, die neuen ökonomischen und sozialen Unsi-

cherheiten einer flexibilisierten Arbeitswelt, sowie die Verhaltensdispositionen der Männer, die Frauen hierzulande die Geburt des ersten Kindes immer weiter aufschieben lassen. Aber in der öffentlichen Wahrnehmung ist es selbstverständlich doch „die Kinderlose“, die zur Adressatin politischer Schuldzuweisungen und gesellschaftlicher Versuche zur Indienstnahme wird.

Der demographische Wandel und seine politische Verarbeitung bzw. Instrumentalisierung trägt aber nicht nur zur (weiteren) Marginalisierung der Ungebildeten und Kinderlosen, sondern z.B. auch zur Zunahme territorialer Ungleichheiten bei. *Eva Barlösius* und *Claudia Neu* thematisieren die Abkehr von der Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ als regulativem (und grundgesetzlich verankertem) Prinzip deutscher Politik im Zeichen des Demographiediskurses. Tiefgreifende Ungleichheiten der Infrastruktur ausstattung zwischen städtischen Ballungs- und ländlichen Entleerungsräumen sind Teil einer gesellschaftlichen Tendenz zur „Peripherisierung“ ländlicher Regionen, die politisch durchaus offensiv vertreten wird: Die auch sozialräumliche Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gehört zu den vielen Dingen, die „wir“ – wir alle wissen es – uns „nicht mehr leisten“ können, ebenso wie Ungebildete, Kinderlose – und untätige Alte.

Den wissenschaftlichen Siegeszug der Diskursfigur des „aktiven“ und „produktiven“ Alter(n)s rekonstruiert *Silke van Dyk*. Sie zeigt, wie wenig die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Altersforschung – jedenfalls in Deutschland – zu einer kritischen Reflexion dieser Figur beigetragen und wie sehr sie stattdessen als Stichwortgeberin einer zuletzt immer stärker werdenden Tendenz zur politischen Einforderung und gesellschaftlichen Inpflichtnahme der „Aktivitätspotenziale“ des Alters gedient hat. Wer jüngst die Bundestagsdebatte über den Fünften Altenbericht der Bundesregierung verfolgt hat, der unter dem Titel

„Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ stand, dem wurde unmissverständlich klar, wie erfolgreich der wissenschaftliche Diskurs in der Politik angekommen ist. Es müsse – auch hier ist die Präskription Programm – ein „neues Bild des Alters“ gezeichnet werden, verkündete zum wiederholten Male CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen – und alle, von der FDP bis zur Linksfraktion, stimmten ihr zu. „Das Alter“ wird parteiübergreifend – und lebenslagenunabhängig – zu einer Zeit erneuter Blüte, verlängerter Aktivität und fortdauernder Produktivität stilisiert, zu einem wahren Gesundbrunnen wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen, die es „natürlich“ im Interesse der Allgemeinheit zu nutzen gilt.

Dass dies nicht ohne Folgen bleibt für die gesellschaftliche Konstruktion jener Altersphase, die es – aller Aktivität der nunmehr scheinbar ewig „jungen Alten“ zum Trotz – tatsächlich auch noch gibt (und zukünftig zunehmend geben wird), nämlich der Phase des tatsächlich alten, gebrechlichen, abhängigen und hilfebedürftigen Alters, zeigt schließlich in einem ersten Zugriff der Beitrag von *Udo Kelle*. Selbst die hochaltrigen Pflegebedürftigen müssen offensichtlich noch, und sei es kontrafaktisch, als aktive, mündige, wahlberechtigte und wählerische „Kunden“ einer Altenpflegeindustrie dargestellt werden, die zur Legitimation ihrer betriebswirtschaftlichen Funktionslogik eine durchgängige Orientierung ihres Handelns an den Wünschen, Bedürfnissen und Präferenzen einer imaginierten „Kundschaft“ vortäuschen muss. Dass die Sozialwissenschaft dabei wertvolle Hilfsdienste leistet, muss nicht weiter überraschen – dass die nach ihrer Zufriedenheit befragten Abnehmer(innen) der Dienstleistung „Waschen und Füttern“ der Sozialwissenschaft ein Schnippchen schlagen und sich situationsangemessen weniger als Befragte denn als „Verhörte“ verstehen, stimmt hingegen erfreulich.

Vielleicht ist diese leise Subversivität der Alten ein erster Fingerzeig, wie man der in den Beiträgen zu diesem Heft thematisierten, fortschreitenden Tendenz zur Demographisierung des Sozialen, die eine unheilige Allianz mit dem in verschiedensten gesellschaftlichen Lebensbereichen zu konstatierenden Phänomen der Biologisierung und Naturalisierung gesellschaftlicher Prozesse einzugehen beginnt, begegnen könnte. Eine subversive Gegenbewegung fängt mit der Kritik der Demographie und ihrer politisch-diskursiven Instrumentalisierung nur an. Sie hätte fortzufahren mit der die „demographische Herausforderung“ ernst

nehmenden Forderung nach einer altersgerechten Gestaltung von Arbeits- und Lebenswelt und mit dem Kampf für die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt und die Umverteilung gesellschaftlicher Lebenschancen - Forderungen und Ziele, die tatsächlich (um im Bild zu bleiben) ewig jung bleiben. „Das ist nicht zu Hause“, sagt eine im Beitrag *Kelles* zitierte hochbetagte Befragte mit Blick auf „ihr“ Pflegeheim, und fügt im Lichte dieser Erkenntnis flüsternd hinzu: „Immer schön artig sein.“ „Der Bevölkerung“ hierzulande sei in diesem Sinne aufgetragen, sich endlich mal wieder wie zu Hause zu fühlen

Zu Elmar Altvaters Ausscheiden aus der PROKLA-Redaktion

Nach über 35 Jahren hat Elmar Altvater zum Jahresende 2006 die Redaktion der PROKLA verlassen. Als einziges Gründungsmitglied der PROKLA gehörte er ununterbrochen der Redaktion an, er hat die PROKLA geprägt wie niemand sonst. Nicht nur durch zahlreiche Artikel, die er alleine oder zusammen mit anderen verfasst hat, sondern ebenso durch seine Arbeit in der Redaktion, durch eine Vielzahl von Ideen und Anregungen wie auch durch seine Kritik und Einwände. Die Impulse, die er den konzeptionellen Debatten in der Redaktion gab, aus denen dann die Schwerpunkte der einzelnen Hefte hervorgingen, sind gar nicht hoch genug einzuschätzen, ebenso wie sein Anteil an vielen, insbesondere der längeren Editorials. Stets legte er den Finger auf die schwachen oder wunden Punkte, die Auseinandersetzungen waren oft nicht einfach, weder für ihn noch die anderen Redaktionsmitglieder, aber stets waren sie produktiv. Dass er die Redaktion jetzt verlassen hat, war die Folge von Konflikten über die Redaktionsarbeit. Wie man aus seinem folgenden Artikel ersehen kann, hat aber selbst dieser Streit noch einen produktiven Ausgang

genommen, denn der Artikel zeigt in der Tat zentrale Probleme auf, denen sich die PROKLA stellen muss.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auch nur ansatzweise einen Überblick über Elmar Altvaters in der PROKLA veröffentlichte Artikel und die von ihm behandelten Themen zu geben. Aber wenigstens ein paar Punkte sollen herausgegriffen werden. Als 1971 das erste Heft der PROKLA erschien, gab es in Westdeutschland noch eine breite linke Bewegung, die zwar in den Universitäten ihren Anfang genommen hatte, aber mittlerweile weit darüber hinaus reichte. Dass eine auf grundsätzliche Veränderungen der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichtete Praxis der Analyse eben dieser Verhältnisse bedarf und dass diese Analyse mit den Marxschen Kategorien erfolgen musste, wurde weitgehend geteilt. Wie diese Analyse aber aussehen sollte, welche Voraussetzungen sie hat, was sie alles einschließen sollte, war weit weniger klar. Hier spielten die Beiträge von Elmar Altvater in der PROKLA eine maßgebliche Rolle. Schon sehr früh betonte er, dass der Kapitalismus nicht als allein nationalstaat-

lich bestimmte Größe sondern als Weltmarktzusammenhang zu untersuchen sei. Was heutzutage nach vielen Debatten über Globalisierung durchaus vertraut klingt, war es Anfang der 1970er Jahre keineswegs. Zwar begann Marx die systematische Darstellung der Kategorien mit Ware und Kapital und der Weltmarkt steht erst am Ende dieser Kategorienentwicklung. Doch wenn es um die Analyse des historischen Kapitalismus geht, bei der die Gesamtheit dieser Kategorien vorausgesetzt und benutzt wird, dann muss immer schon von den Weltmarktverhältnissen ausgegangen werden. Was viel später einmal „Internationale Politische Ökonomie“ genannt wurde, machte Elmar Altvater von Anfang an zu einem Markenzeichen der PROKLA. Diese Perspektive war auch dann fruchtbar, wenn es explizit um eine nationalstaatliche Entwicklung ging, wie etwa in dem gemeinsam mit Jürgen Hoffmann, Wolfgang Schöller und Willi Semmler verfassten zweiteiligen Artikel zur Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus, der 1974 in PROKLA 13 und 16 erschien. Der auf diesen Artikeln aufbauende gemeinsam mit Jürgen Hoffmann und Willi Semmler verfasste Band „Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise“ (1978) avancierte schnell zu einem linken Standardwerk.

Ein zweiter in den frühen 1970er Jahren keineswegs selbstverständlicher Punkt war die Betonung der Bedeutung von Geldverhältnissen, Währungssystemen und Finanzmärkten für die Untersuchung der kapitalistischen Entwicklung. Jahrzehntlang waren die marxistischen Analysen von Krise und Akkumulation weitgehend auf die Produktion fixiert geblieben. Diese verengte Sichtweise hat Elmar Altvater schon früh aufgebrochen. So lautet denn auch der Titel des allerersten Aufsatzes (mit über einhundert Druckseiten fast schon ein kleines Buch) in der ersten Nummer der PROKLA „Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise“, den er gemeinsam mit Christel Neusüß und Bernhard Blanke verfasste.

Mit diesem analytischen Rüstungszeug und einer stets aufs Ganze zielenden Perspektive erkannte Elmar Altvater auch viel früher als andere die kommende Verschuldungskrise der Länder der sog. Dritten Welt („Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt“, PROKLA 42, 1981) und erst recht konnte er in den 1990er Jahren maßgebliche Beiträge zur Untersuchung der Globalisierungsprozesse liefern. Auch hier bereiteten eine Reihe von PROKLA Artikeln (so etwa „Universalismus, Unipolarität, Polarisierung“ in PROKLA 84, 1991 oder „Operationsfeld Weltmarkt“ in PROKLA 97, 1994) den gemeinsam mit Birgit Mahnkopf, die ebenfalls viele Jahre der PROKLA Redaktion angehörte, verfassten und inzwischen schon zum Klassiker gewordenen Band „Grenzen der Globalisierung“ (1996) vor.

Die Marxschen Kategorien zu verwenden, den Marxschen Ansatz gegen politische Gegner oder die Wendungen des Zeitgeistes zu verteidigen, bedeutete für Elmar aber nie bei diesen Kategorien stehen zu bleiben. Sein Ziel war nicht die Reinheit irgendeiner Lehre, sondern die in politisch-eingreifender Absicht unternommene Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Seit den 1970er Jahren wurde nicht nur über ökologische Probleme diskutiert, sie wirkten sich durchaus politisierend und mobilisierend aus, doch wurden diese Problem häufig entweder nur skandalisiert oder sie wurden auf einen weitgehend formationsunspezifischen Industrialismus zurückgeführt. Elmar war einer der wenigen Autoren, die schon frühzeitig daran gingen, die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie und die Ökologie auch theoretisch aufeinander zu beziehen. Dies bedeutete für ihn sowohl die stoffliche Seite der vorherrschenden Richtung kapitalistischer Entwicklung zu berücksichtigen (fossile Energieträger als notwendige Basis eines bestimmten Typus von Kapitalismus) als auch die ökologische Problematik im Rahmen einer thermodynamisch informierten politischen Ökono-

mie zu diskutieren, was er in verschiedenen Aufsätzen und in der 1992 erschienenen Studie „Der Preis des Wohlstands“ unternommen hat. Nur auf diesem Hintergrund war dann auch sein jüngstes Buch „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ möglich.

Im „Kapital“ bemerkt Marx einmal über die Kapitalismuskritik eines Autors, dass dessen Art der Kritik zwar „die Gegenwart zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß“ (MEW 23, S.528). Eine Kritik, die sich nicht mit dem be- und verurteilen begnügt, sondern die in praktischer Absicht auf das „Begreifen“ abzielt, hat Elmar Altvater all die Jahre über selbst vorexerziert und auch von anderen eingefordert. Wenn er nun das Ende des

„akademischen Marxismus“ nahen sieht (wobei damit nicht ein auf die Akademie beschränkter, selbstgenügsamer Marxismus, sondern ein von ihr ausgehender, gesellschaftlich wirksam werdender Marxismus gemeint ist) dann ist dies wahrscheinlich etwas zu pessimistisch. Der „akademische Marxismus“ wurde zwar fast komplett aus den Universitäten verdrängt, aber er ist durchaus präsent und er wird von den sozialen Bewegungen auch immer wieder gesucht und gebraucht. Die Situation ist vielleicht weniger schlecht als sie von Elmar wahrgenommen wird, und dass dem so ist, daran hat er selbst einen nicht gerade kleinen Anteil.